

Weltrundschau : verhandeln? Nein, rüsten! ; Kreuzzug oder Koexistenz? ; Widerstände und Pläne ; Arabische Einheit? ; Muss der Kommunismus helfen?

Autor(en): **Kramer, Hugo**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **52 (1958)**

Heft 2

PDF erstellt am: **21.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-140253>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Verhandeln! Nein, rüsten! Wird die geglückte Aussendung eines eigenen Erdsatelliten in den Weltraum die Amerikaner nun eher zu Friedensverhandlungen mit den Russen geneigt machen? Die Meinungen sind geteilt. Die einen glauben, daß «sich die bisherigen psychologischen Widerstände gegen ein Gipfeltreffen stark vermindert haben, weil man sich nun wenigstens psychologisch, wenn auch nicht militärisch, gestärkt fühlt». Die andern nehmen an, «die amerikanische Haltung in der Frage der Konferenz auf höchster Ebene werde sich nun versteifen» – so wie die Außenpolitik der Vereinigten Staaten schon bisher stets im gleichen Maße starrer und draufgängerischer geworden ist, indem sie sich irgendwie auf eine «Position der Stärke» stützen konnte. Jedenfalls setzen die Sowjetführer ihre Vorstöße zugunsten einer baldigen großen Konferenz der obersten Staatschefs mit unverminderter Zähigkeit fort, während man in Washington ebenso hartnäckig auf die Bremse tritt und auf einer ganz sorgfältigen diplomatischen Vorbereitung von allfälligen Spitzenverhandlungen besteht, denen dann erst noch eine Konferenz der Außenminister folgen müsse. Man kann das Hin und Her der Noten, die jetzt zwischen Ost und West ausgetauscht werden, kaum mehr recht verfolgen, so dicht ist der Briefwechsel geworden, an den sich natürlich auch noch endlose und nur verwirrende Kommentare berufener wie unberufener Beobachter knüpfen.

Gewiß ist nur, daß Mr. Dulles, der anscheinend wieder fest im Sattel sitzende und selbstherrlich schaltende Lenker der amerikanischen Außenpolitik, bei jeder Gelegenheit die «völlige Vertrauensunwürdigkeit und Verhandlungsunfähigkeit» der Russen predigt und daß die Sowjetführer darum von einer Außenministerkonferenz, an der Dulles auf westlicher Seite ja ein entscheidendes Wort zu sprechen hätte, ganz und gar nichts wissen wollen. Die Spuren von Genf (1955) schrecken! Seither wurde im amerikanischen Staatsdepartement, wie Professor Barraclough in der Neuyorker «Nation» (25. Januar) schreibt, «jede Gelegenheit zu einer Entspannung nicht nur ‚fahren gelassen‘ (wie man oft sagt), sondern fast planmäßig abgelehnt». «Als im März 1955 Harold Stassen zum Sonderbeauftragten für Abrüstung, mit Kabinettsrang und unmittelbarem Zutritt zum Präsidenten, ernannt wurde, sah es so aus, als hätte Präsident Eisenhower endlich einen entscheidenden Anlauf genommen, um den toten Punkt zu überwinden. Jedermann weiß, wie Mr. Dulles Schritt für Schritt Harold Stassens Stellung unterwühlte, bis Stassen schließlich dem Staatsdepartement unterstellt wurde. Ein Ergebnis dieser Manöver war der jähe

Zusammenbruch der verheißungsvollen Abrüstungsverhandlungen von 1957.»*

Auch sonst griff Dulles (so stellt der Verfasser fest) immer wieder ein, um eine Verständigung mit der Sowjetunion zu hintertreiben. «Der bemerkenswerteste Fall war sein Eingreifen im Mai letzten Jahres, nachdem Präsident Eisenhower die Hoffnungen der Welt neu belebt hatte, indem er den russischen Plan für eine neutrale Zone in Europa begrüßte. Die sowjetischen Vorschläge, so verkündete der Präsident, würden ‚sehr sympathisch‘ aufgenommen und ‚sehr ernstlich‘ geprüft werden. Innert weniger als einer Woche hatte Dulles dem ganzen Plan eine kalte Dusche gegeben . . . Es war offensichtlich: Eisenhower hatte aus dem Stegreif gesprochen; wir standen wieder auf dem gleichen Fleck wie vorher.»

Und wie der Meister in Washington, so arbeiten die Schüler in London, Paris, Bonn und so weiter. Dulles hat vielleicht den Vorzug, daß er in diesem Punkt – seiner unbedingten Ablehnung aller ernstgemeinten Verhandlungen mit der Sowjetunion – ehrlich und konsequent ist, während die andern zuweilen so tun, als seien sie einem Friedensschluß mit Moskau gar nicht abgeneigt, während sie in Wahrheit nur Zeit gewinnen, die Völker über ihre wirklichen Absichten täuschen und ihnen «beweisen» wollen, daß alle «vernünftigen» Vorschläge der Westmächte von den Sowjets zurückgewiesen würden, die russischen Vorschläge aber hinterlistige Propaganda- und Zersetzungsmanöver seien. Schon während der Pariser NATO-Konferenz hatte es Roscoe Drummond, der in enger Fühlung mit der amerikanischen Abordnung stand, in der «New York Herald Tribune» (19. Dezember) offen ausgeplaudert: «Die europäischen Führer glauben, daß die Sowjets keinen annehmbaren Kompromiß anbieten werden, wollen aber ihrem eigenen Publikum zeigen, daß sie wenigstens einen Versuch machen. Sie wollen die Verhandlungen im Gang halten, bis die Vereinigten Staaten mit der Serienherstellung ihrer Mittelstreckenraketen und interkontinentalen Fernwaffen begonnen haben . . . Die Gefahr ist, daß Verhandlungen von einer Position der Schwäche aus den Neutralismus begünstigen, statt ihn abzutöten, und daß ein Vorgang einseitiger Zugeständnisse einsetzt, der nur schwer mehr aufzuhalten sein wird.»

Kreuzzug oder Koexistenz! Nein, die wirkliche Gefahr ist, daß das unaufhörlich fortgesetzte Wettrüsten mit innerer Notwendigkeit eine kriegerische Entladung grauenhaftester Art zuletzt unausweichlich macht. Die Ausrede, daß Rüsten und Verhandeln ganz gut nebeneinander hergehen könnten, ja daß man einfach weiterrüsten m ü s s e , solange der Friede nicht durch Verhandlungen gesichert sei, wird ja niemand mehr ernst nehmen. Man k a n n gar nicht aufrichtig und erfolgreich für die Ab-

* Stassen hat inzwischen vollends seinen Rücktritt nehmen müssen. (18. Febr.)

rüstung arbeiten, wenn man seine Hauptanstrengung der Aufrüstung widmet. Je höher die Rüstungen steigen, desto schwerer wird es, sie auf Grund von Verhandlungen wieder abzutragen. Und je sicherer sich eine Mächtegruppe im Besitz militärischer Überlegenheit über die andere fühlt, um so größer ist die Versuchung, sich dieser Überlegenheit im günstig scheinenden Augenblick auch zu bedienen. Gerade die Kernwaffen bergen derart ungeheuerliche Vernichtungskräfte in sich, daß es eine Mächtegruppe kaum auf einen Überraschungsangriff der andern Gruppe ankommen lassen wird, um erst nachher zum Gegenschlag auszuholen; wenn sie Grund zu haben glaubt, einen Angriff der Gegenseite gewärtigen zu müssen, so wird sie unter dem Druck ihrer militärischen Ratgeber schwerlich zögern, den ersten Schlag «in vorbeugender Absicht» selbst zu führen, auch wenn sie damit einen Vergeltungsschlag herausfordert, wären doch dessen voraussichtliche Wirkungen viel weniger zu fürchten als die Wirkungen eines Erstangriffes der Gegenseite.

So wird denn eben in allen Lagern hemmungslos weitergerüstet. Was insbesondere die Vereinigten Staaten bisher an militärischen Anstrengungen geleistet haben, scheint nur der Anfang einer noch viel gewaltigeren Rüstungsaktion zu sein. Dr. Ellis Johnson, der uns als «maßgebender Verfasser eines Geheimberichtes der Armee» über die Landesverteidigung vorgestellt wird, erklärte letzthin, wenn die Vereinigten Staaten weiter bestehen wollten, so müßten sie auf unbestimmte Zeit hinaus zusätzliche 15 Milliarden Dollar pro Jahr für ihre Verteidigung aufwenden. «Beruhigend», meinte er immerhin, der genannte Bericht schlage keineswegs einen Präventivkrieg gegen die Sowjetunion vor; er fordere lediglich «politische, wirtschaftliche und, wenn nötig, militärische Maßnahmen» zur Befreiung der kommunistischen Satellitenstaaten. Merkwürdige Beruhigung das; wirklich!

Behalten wir bei dieser ganzen Rüstungspropaganda auch stets das gewaltige materielle Interesse im Auge, das ein wichtiger Teil der kapitalistisch organisierten Industrie an der Fortsetzung des Kalten Krieges hat! In den Vereinigten Staaten vor allem übt die Rüstungsindustrie einen wachsenden und verhängnisvollen Einfluß auf die «Verteidigungspolitik» aus, nicht zum wenigsten die Ferngeschoß-Industrie, die aus der rasch in den Hintergrund gedrängten Flugzeugindustrie hervorgegangen ist. Nahmen im Finanzjahr 1951/52 die Ausgaben für Ferngeschosse kaum einen Prozent der Gesamtausgaben der Luftwaffe in Anspruch, so werden es bis 1959 mindestens 35 Prozent sein. Und während die Ausgaben für Ferngeschosse im Jahre 1956/57 erst 1,7 Milliarden Dollar betragen, sollen sie im laufenden Budgetjahr bereits 5,3 Milliarden ausmachen. Kein Wunder, daß sich innert weniger Jahre eine mächtige Ferngeschoßindustrie entwickelt hat, die im wesentlichen von dreizehn Großunternehmen beherrscht wird. Sie

beschäftigt heute etwa 900 000 Arbeitskräfte (gegen 238 000 vor zehn Jahren) und wirft riesige Gewinne ab. Zwölf der dreizehn führenden Gesellschaften gaben im Jahre 1956 einen Reingewinn von 156 Millionen Dollar an; eine von ihnen, die North American Company, bezahlte ihrem Verwaltungsratspräsidenten schon im Jahre 1955 ein Gehalt von 201 000 Dollar und ihrem Generaldirektor ein solches von 147 000 Dollar. Nimmt man dazu, daß an der Flugzeug- und Ferngeschoßindustrie noch ein ganzer Knäuel von Hilfsindustrien hängt, so wird man eine Ahnung von der politischen Macht bekommen, die diese Interessengruppen in den Vereinigten Staaten ausüben. «Mit ihren unersättlichen Bedürfnissen und ihrer schrillen Propaganda trägt die Industrie in bemerkenswerter Weise zur Schaffung eines abrüstungsfeindlichen Klimas bei», stellt Al Toffler in «The Nation» (30. November 1957) fest. «Unter dem Regime Dulles haben wir absichtlich verschiedene Gelegenheiten zu einer mindestens teilweisen Abrüstung verstreichen lassen. Die Abrüstung braucht nicht vom guten Glauben Moskaus abzuhängen. Bei richtiger Verhandlungsführung kann sie ebenso von Moskau wie von unserem eigenen Selbstinteresse abhängig gemacht werden. Aber in Washington herrscht eben ein Klima, das die Versäumung der begrenzten Möglichkeiten fast unvermeidlich gemacht hat», ein Klima, das, wie der Verfasser zeigt, durch eine ungeheure Propaganda und durch ein geradezu raffiniertes System von Druckmethoden gegenüber Regierung und Parlament erzeugt wurde und weiterhin wird.

Einiges von diesen Einflüssen der Aufrüstungsinteressenten erleben wir ja auch in unserer mehr oder weniger neutralen S c h w e i z. Man hat namentlich in Verbindung mit dem Ankauf von Militärflugzeugen allerhand wenig erbauliche Dinge auf diesem Gebiet erfahren, zuletzt anlässlich der Debatten über die Anschaffung der hundert Stück britischer Hunter-Flugzeuge und den bundesrätlichen Antrag, nun auch noch hundert Flugzeuge schweizerischer Fabrikation – die vielumstrittenen P-16-Maschinen – zu bestellen. Die Kosten dieser zweihundert Maschinen sind enorm: 719 Millionen Franken, fügen sich aber durchaus stilgerecht in den ganzen helvetischen Rüstungsbetrieb ein, belaufen sich doch die a u ß e r o r d e n t l i c h e n Militärausgaben des Bundes (eingeschlossen die Aufwendungen für die beiden Flugzeugbestellungen) seit Dezember 1956 auf nicht weniger als 1680 Millionen, wozu also immer auch noch die ordentlichen Rüstungsausgaben kommen, die ja im letzten Jahr rund 900 Millionen Franken betragen haben. Wenn dann noch das neue, im Studium begriffene Militärprogramm und gar die Bewaffnung auch der Schweizer Armee mit Atomwaffen durchgeführt werden soll, dann kann es einem ob soviel Verblendung und Verschwendung wahrlich angst und bange werden!

Denn so kann das ja nicht weitergehen. «Man kann nicht», so bemerkt Jean-Maurice Hermann in den «Cahiers Internationaux» (Pa-

ris, Januarheft), «unbegrenzt lange immer mehr Milliarden verschleudern, um immer mehr und immer furchtbarere Waffen herzustellen; man kann nicht annehmen, daß generationenlang Truppen an Stützpunkten stationiert bleiben können, die Tausende von Kilometern von ihrer Heimat entfernt sind. Es gibt eben nur drei Möglichkeiten, diesem Zustand ein Ende zu machen: Suchen nach einer Verständigung (wie es die Sowjetunion vorschlägt), Kapitulation eines der beiden Lager (was der Westen seit zehn Jahren nicht fertiggebracht hat und auch künftig nicht fertigzubringen Aussicht hat) oder Krieg... Kreuzzug oder Koexistenz – so steht die Frage.»

Widerstände und Pläne In den Völkern – wenn schon nicht bei den Regierenden – greift die Erkenntnis weiterhin um sich, daß dies wirklich die Wahl ist, die wir zu treffen haben. In den kapitalistischen Kreisen selbst, soweit sie nicht am Kalten Krieg interessiert sind, besteht weitherum Neigung zu einer Gesamtverständigung mit den kommunistischen Ländern, auch in den Vereinigten Staaten und noch mehr in Westeuropa, wo die Rüstungslasten zunehmend als unerträgliche Last und als Hemmnis für das Gedeihen der Wirtschaft empfunden werden, und wo man fürchtet, das erste Opfer eines Krieges zu werden, einerlei unter welchen Umständen er ausbrechen würde. Die Auflehnung gegen die amerikanische Vorherrschaft, die sich schon an der Pariser Konferenz kundgab, geht seither ungeschwächt, wenn auch weniger dramatisch, weiter (man kann auch die jüngste Revolution in *V e n e z u e l a*, die zum Sturz des amerikahörigen Diktators Jiménez führte, dazu rechnen) und äußert sich namentlich in *G r o ß b r i t a n n i e n* sehr deutlich in Form einer überparteilichen Bewegung gegen die Herstellung und Erprobung von Kernwaffen und gegen die Unterhaltung amerikanischer Bomber- und Raketenstützpunkte. Das Leidige ist hier nur, daß die Labourpartei weder eine ihrer Aufgabe gewachsene Führung noch überhaupt eine klare, folgerichtig vertretene Außen- und Militärpolitik hat. Ähnliches gilt für *W e s t d e u t s c h l a n d*, wo im Bundestag endlich, wenn auch nur von Einzelgängern, wie Dehler und Heinemann, Adenauers Machtpolitik scharf angegriffen wurde und die Sozialdemokratische Partei ebenfalls stärkere Töne gegen Adenauer redet, ja sogar eine «Volksbewegung gegen den Atomtod» eingeleitet hat, aber durch ihren sturen Antikommunismus und ihr immer wiederholtes Treuebekenntnis zum «freien Westen» in der Entwicklung einer hell-sichtigen *p o s i t i v e n* Außenpolitik aufs schwerste behindert ist. Von der *s c h w e i z e r i s c h e n* Sozialdemokratie wollen wir lieber schweigen, so erfreulich auch das aus ihr hervorgegangene Referendum gegen das Aufgebot des Landsturms und der Ortswehren zu sinnlosen Ausbildungskursen ist – sofern es nicht einfach als «Ersatzhandlung» für etwas Besseres zu werten ist.

Dennoch erhebt sich über alle Parteigrenzen hinaus immer stärker die Forderung, endlich doch einmal ganz bestimmte, wenn auch nur Teilgebiete erfassende Lösungen von Fragen zu suchen, die zwischen West und Ost stehen. Dahin gehört das kürzlich abgeschlossene amerikanisch-sowjetische Kulturabkommen, dessen Bedeutung nicht überschätzt werden soll, das aber, wie der Washingtoner Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» wohl mit Recht bemerkt, «vor einigen Jahren wegen der allgemeinen Atmosphäre (in den USA) noch undenkbar gewesen» wäre. Und dahin gehört namentlich auch der zuerst von dem polnischen Außenminister Rapacki vor den Vereinten Nationen gemachte Vorschlag, in Mitteleuropa eine *neutralisierte, atomwaffenfreie Zone* zu errichten, die beide Deutschland, Polen und die Tschechoslowakei umfassen solle. Der rechtsstehende Labourabgeordnete Healey, der auch Ungarn und womöglich andere Länder – zum Beispiel Dänemark auf der westlichen und Rumänien auf der östlichen Seite – diesem neutralen Gürtel angeschlossen wissen will, erwartet von der Verwirklichung eines solchen Planes mit gutem Grund die Verminderung von Reibungsmöglichkeiten, die zu einem «großen» Atomkrieg führen könnten. Das Problem ist freilich, wie eine Verletzung der neutralen Zone von der einen oder andern Seite her geahndet werden könnte. Healey schlägt für diesen Fall den Einsatz taktischer Atomwaffen vor, mit dem man um einen totalen Atomkrieg herumkommen könne, glaubt aber, die in Frage stehenden Mächte würden je länger, je weniger Neigung haben, in den neutralen Gürtel einzudringen. «Ihre Sorgen», so schreibt er in einer kürzlich veröffentlichten Broschüre, «werden mehr und mehr den Gefahren der Langstreckenraketen gelten; es wird ihnen immer weniger wichtiger sein, wer dieses oder jenes europäische Land besetzt hält. Die wirkliche Schlacht wird sich in ihren nationalen Laboratorien abspielen und nicht in den Ländern, die die beiden Lager trennen.»

So vernünftig freilich der Gürtelplan erscheint, so wenig wollen die maßgebenden Regierungen etwas davon wissen. Bonn voran, haben die Westalliierten – mit Ausnahme Kanadas – den Plan sofort scharf abgelehnt, während er bei den Neutralen, eingeschlossen Jugoslawien und Indien, günstige Aufnahme fand.

Arabische Einheit! Auch für den O r i e n t liegt seit kurzem ein freilich nur undeutlich umrissener Neutralisierungsplan vor. Die Sowjetunion hat gegen Ende Januar eine atomfreie «Friedenszone» im Nahen und Mittleren Osten vorgeschlagen, die bewaffnete Konflikte in diesem ganzen Raum ausschalten und eine aufbauende Zusammenarbeit aller an der Zukunft Vorderasiens interessierten Staaten ermöglichen solle. Es versteht sich von selbst, daß die Westmächte auch auf diesen Vorschlag nicht eintreten wollten. Staatssekretär Dulles reiste vielmehr höchstpersönlich nach Ankara, um an

einer Ministerkonferenz der Bagdadpaktmächte teilzunehmen, obwohl die Vereinigten Staaten offiziell gar nicht Mitglied der Paktorganisation sind. Er tat dort sein Bestes, um die mittelöstliche «Abwehrfront gegen die kommunistische Gefahr» zu festigen, und brachte auch eine feierliche Schlußerklärung der Vertreter der fünf Mitgliedstaaten (Großbritannien, Türkei, Persien, Irak, Pakistan) durch, in der unter anderem eine Zusammenarbeit mit der NATO und ein militärisches Einheitskommando der Paktorganisation in Aussicht genommen wurde, die «zu den größten Hoffnungen berechtige».

In Wahrheit steht sie heute mehr denn je bloß auf dem geduldigen Papier. Nicht umsonst flog Dulles, bevor er nach Ankara ging, schnell nach Teheran, um die Iranier zu beschwichtigen, die mit der amerikanischen Finanzhilfe – ganze 20 Millionen Dollar im laufenden Budgetjahr – höchst unzufrieden sind und dagegen die viel kräftigere sowjetische Wirtschaftshilfe an Syrien recht ungeniert ausspielen. Auch in Pakistan verlangt man eine wesentliche Erhöhung der Dollarsubvention, ohne daß Dulles imstande gewesen wäre, befriedigende Zusicherungen dafür zu geben. Der türkische Ministerpräsident Menderes andererseits mußte einen dringlichen Besuch in Bagdad machen, wo man sich weigert, dem türkischen Beispiel folgend Abschußrampen für amerikanische Raketen erstellen zu lassen, und überhaupt immer mehr Neigung hat, vom Bagdadpakt abzuspringen. Dies um so mehr, als noch während der Ankara-Tagung die Gründung der «Vereinigten Arabischen Republik» Ägypten-Syrien erfolgte – der Anfang einer Verwirklichung des Traumes von dem großen neuen Araberreich, das sich von Marokko bis zum Persischen Golf erstrecken soll. Was reell hinter dem jungen Einheitsstaat an Kräften und Mitteln steht, mag zweifelhafter Art sein. Sicher übt aber die Neugründung eine starke Anziehung auf die ihr noch nicht angeschlossenen arabischen Länder aus. Jemen hat bereits seinen Beitritt erklärt; der irakische Ministerpräsident Marjan hat die syrisch-ägyptische Union mit einer Kundgebung begrüßt, die von Freundschaftsversicherungen nur so trieft; und daß der Libanon wie auch König Husseins Jordanien der Macht des allarabischen Gedankens gegenüber noch lange ihr Vasallentum gegenüber dem Westbund werden aufrechterhalten können, erscheint mehr als fraglich. Wenn einmal Irak, das dreißig Jahre lang die treueste Stütze des westlichen Imperialismus im Mittelosten war, dem arabischen Bundesstaat beigetreten sein wird, dann wird es auch für Jordanien, den Libanon und Saudiarabien keine Hemmungen mehr geben.* Bald wird der neue Staat seinen politisch-geistigen Einfluß auch nach dem Westen hin ausstrahlen. Bereits kommen aus Amerika Warnungen von der «Gefahr», in der das Ägypten benachbarte Libyen stehe. Und daß der Freiheitskampf der Algerier von Kairo aus

* Vorderhand haben sich nun freilich auch Irak und Jordanien zu einer wenn auch sehr lockeren Union zusammengeschlossen. (18. Febr.)

ebenso planmäßig wie wirkungsvoll unterstützt wird, ist ja auch kein Geheimnis. Sein Neuaufflackern straft die prahlerischen Behauptungen der Franzosen von einer nahe bevorstehenden «Befriedung» Algeriens wieder einmal deutlich Lügen, muß sich doch auch die «Neue Zürcher Zeitung» (Nr. 256) aus Paris berichten lassen: «Von der Ruhe, die Mitte Dezember geherrscht und viele Franzosen schon mit der vor-eiligen Hoffnung auf die ‚letzte Viertelstunde‘ erfüllt hatte, ist nichts mehr zu spüren.»*

Kurz, es wird wohl stimmen, was der Pariser «Observateur» feststellen zu sollen glaubt: «Die Ausrufung der syrisch-ägyptischen Union während der Konferenz von Ankara bedeutet den Mißerfolg nicht allein der sogenannten Eisenhower-Doktrin, sondern der ganzen amerikanischen Politik im Mittelosten seit fünf Jahren.» Ob daraus in Washington die entsprechende Lehre gezogen und eine Verständigung mit der Sowjetunion über Vorderasien ernsthaft ins Auge gefaßt wird, steht dahin. Es wäre das jedenfalls der Weg, eine wirkliche Friedens- und Aufbauzone in jenem unruhigen, verwahrlosten Erdteil zu schaffen und damit auch die Gefahr abzuwenden, die dem hart bedrängten I s r a e l von einem arabischen Einheitsreich droht. Welche Kräfte würden doch im Orient frei, wenn die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion nach gemeinsamem Plan die Modernisierung Vorderasiens in Angriff nähmen und wenn unter ihrem Druck endlich der arabische Nationalismus mit Israel Frieden schliesse und sich die sozialpolitischen Leistungen des zionistischen Staatswesens zum Vorbild nähme!

Muß der Kommunismus helfen! Die Wahrscheinlichkeit ist freilich groß, daß es nicht rechtzeitig zu der notwendigen friedlichen Generalbereinigung zwischen Amerika und Rußland kommt und stattdessen die Vereinigten Staaten mit ihrem Versuch fortfahren, den Orient militärisch gegen die Sowjetunion zu organisieren und ihm wirtschaftlich einfach nach kapitalistischer Manier zu helfen. Die Folge wird sein, daß sich die Völker dieses Raumes immer stärker an die S o w j e t u n i o n anlehnen – anlehnen m ü s s e n. Schon jetzt läßt die Sowjetunion – noch abgesehen

* Seit dies geschrieben wurde, haben die Franzosen das unentschuld bare Verbrechen von Sakiät begangen, das nicht allein die Kriegführung in Algerien bedeutend verschärft hat (in der Woche vor dem 17. Februar allein sind nach französischer Meldung 1040 Algerier getötet worden), sondern auch das tunesische Volk schwer gegen Frankreich und die andern Westmächte aufbringt. Wie der französisch-tunesische Konflikt, der vor die Vereinten Nationen gebracht worden ist, diplomatisch beigelegt werden wird, bleibt abzuwarten; sicher ist schon jetzt, daß Frankreichs Ansehen als zivilisierte Macht mehr und mehr leidet, ist doch die «Vergeltungsaktion» von Sakiät, bei der französische Flugzeuge in diesem tunesischen Grenzort ausgerechnet zur Marktzeit 79 Zivilpersonen getötet und 130 verwundet haben, nichts anderes als kaltblütiger Massenmord im besten nazideutschen Stil. (18. Febr.)

von China – zehn unterentwickelten Ländern wirtschaftliche Hilfe zukommen: Ägypten, Jemen, Syrien, Afghanistan, Ceylon, Indien, Nepal, Indonesien, Kambodscha und dazu Jugoslawien. Sie hat diesen Ländern in den letzten zweieinhalb Jahren (nach einer Aufstellung des amerikanischen Staatsdepartements) anderthalb Milliarden Dollar an Unterstützungsleistungen zugesprochen, gegen bloß 900 Millionen Dollar amerikanischer Wirtschaftshilfe an die gleichen Länder; in den ersten sechs Monaten des vergangenen Jahres arbeiteten mehr als 2000 Techniker aus Ländern des Ostblocks in 19 unterentwickelten Ländern, meistens in Ägypten, Syrien, Afghanistan und Indien. Wird sich die sowjetisch-kommunistische Arbeit in den hilfsbedürftigen Staaten noch weiter und großzügiger entwickeln?

Daß die Sowjetunion die Kraft dazu aufbrächte, darf ruhig angenommen werden; seit den russischen Raketenerfolgen hat man ja auch und gerade in Amerika einen heiligen Respekt vor der wissenschaftlich-technischen Leistungsfähigkeit der Sowjetunion bekommen und ist geneigt, diesen Respekt auch auf das wirtschaftliche Gebiet auszudehnen. Es tönt jedenfalls nur zu glaubwürdig, wenn jetzt Moskau berichtet, daß die sowjetische Industrie den Wirtschaftsplan für 1957 mehr als verwirklicht habe. Der Gesamtumfang der industriellen Produktion sei um 10 Prozent höher als im Jahr vorher, während nur eine Steigerung von 7,1 Prozent geplant gewesen sei. Die Produktion der Schwerindustrie habe um 11 Prozent und diejenige der Verbrauchsgüter um 8 Prozent zugenommen. Und nun kommt dazu noch die große Umstellung der Landwirtschaft, die Chruschtschew kürzlich angekündigt hat: die Auflösung der Maschinen- und Traktorenstationen (MTS) und der Verkauf ihres gesamten Materials an die Kolchosen. Die MTS waren bisher ein Mittel, um die landwirtschaftlichen Kollektivgüter in Abhängigkeit vom Staat zu halten und seiner Wirtschaftspolitik einzugliedern. Jetzt, so heißt es, sei das nicht mehr nötig; die 70 000 Kolchosen wüßten die Vorteile der Mechanisierung selbst zu würdigen und würden billiger und eifriger arbeiten, als wenn sie auf die MTS angewiesen seien. Ja, in dem Maße, da der freie Absatz der Kolchosenerzeugnisse mit seinen höheren Preisen (gegenüber den staatlichen Abnahmepreisen) unnötig werde und verschwinde, würden die Kolchosenbauern von selbst geneigt sein, ihre Wirtschaft in die Form der eigentlichen Staatsgüter (Sowchosen) umzuwandeln, die heute erst 10 Prozent der Landwirte mit 10 Prozent des Viehbestandes und 20 Prozent des anbaufähigen Bodens umfassen.

Wie sich die beabsichtigte Landwirtschaftsreform auswirken wird, die zu der bereits mehr oder weniger vollzogenen Dezentralisation der Industrie hinzukommt, bleibt abzuwarten. Daß indessen die sowjetische Gesamtwirtschaft – sofern der Frieden erhalten bleibt – ihre Leistungskraft von Jahr zu Jahr erhöhen wird, dafür sprechen alle Anzeichen. Und damit wächst auch die Möglichkeit, unterentwickelten

Ländern wirksame Hilfe zu leisten. Wir denken dabei nicht zuletzt an I n d i e n. Mit seinen Naturschätzen ist Indien ein sehr reiches Land; seine Bevölkerung – rund 380 Millionen zählend – ist aber eine der ärmsten und elendsten der Erde. Auf jeden Kopf entfällt in Indien ein Monatseinkommen von ganzen 21 Schweizer Franken (1956); bei etlichen 50 Millionen Indern erreicht das Durchschnittseinkommen nicht einmal 8 Franken im Monat. Von fünf Landbewohnern besitzt nur einer ein Stück Boden; die übrigen sind besitzloses Proletariat. Die Landwirtschaft steht auf niedrigem Niveau; die indische Kuh gibt nur etwa den vierzehnten Teil der Milch einer Schweizer Kuh. 14 Millionen Arbeitskräfte sind das ganze Jahr durch verdienstlos oder unterbeschäftigt. Etwa 83 Prozent der Bevölkerung von zehn Jahren aufwärts können weder lesen noch schreiben. Von der Landbevölkerung können sich 40 Prozent nur eine Mahlzeit im Tag leisten; die große Masse der Inder ist nach Menge und Güte der Nahrung schwer unterernährt. Jede Minute stirbt in Indien ein Mensch an Schwindsucht. Die durchschnittliche Lebensdauer ist 32 Jahre (in der Schweiz etwa 65 Jahre). Und so weiter.

Nun vergleiche man damit die Lebensverhältnisse in C h i n a. Vor zehn Jahren noch waren sie ungefähr die gleichen wie in Indien. Heute sind sie fast auf allen Gebieten unvergleichlich besser, auf dem Land wie in den Städten und Industriebezirken, bei Kindern wie bei Erwachsenen, bei den Männern wie bei den Frauen. (Ich habe darüber seinerzeit aus eigener Anschauung in den «Neuen Wegen» ausführlich berichtet und brauche nicht darauf zurückzukommen.) Und China schreitet wirtschaftlich wie sozial mit jedem Jahr weiter vorwärts – unter kommunistischem Regime. Die «freie Welt» hat ihm nicht geholfen; sie hat das chinesische Volk ausgebeutet, hat es seinen eigenen Ausbeutern und Oberherren überlassen und sogar mit Krieg überzogen, um die wankende Herrschaft einer korrupten Feudal- und Kapitalistenklasse wieder zu befestigen. So mußte China eben durch die K o m m u n i s t e n von seinen «nationalen» und auswärtigen Bedrückern befreit werden.

Ist es ein Wunder, daß man in Indien mit etwelchem Neid auf das nachbarliche «Rotchina» schaut? Eine jüngst von der indischen Regierung veröffentlichte Studie stellt fest, daß in China während der Periode 1951 bis 1956 verhältnismäßig doppelt so viel Kapital in der Wirtschaft angelegt wurde wie in Indien. Die Stahlerzeugung war in China fünfmal so groß wie in Indien, diejenige von Textilwaren viermal so groß. In China bleibt der Geldwert ziemlich beständig; in Indien wird die Inflation immer schärfer. Gewiß hat Indien eine sogenannte demokratische Verfassung (obwohl bei einem unwissenden, in tausend Abhängigkeiten lebenden Volk das Funktionieren der Demokratie eine mehr als fragwürdige Sache ist); aber wie Finanzminister Krishnamachari bei einem Empfang durch die amerikanische Ge-

sellschaft für Außenpolitik sagte: «Freiheit bedeutet nur wenig für Millionen Menschen in meinem Heimatland, die kaum einen Dollar in der Woche ausgeben können und ständig mit Hunger, Krankheit, Unwissenheit und Schlimmerem zu kämpfen haben.» (Bericht der «New York Times» vom 8. Oktober 1957.)

Angenommen, der chinesische Weg heraus aus dem Elend und zu einem menschlicheren Leben erweise sich weiterhin als gut und der «demokratische» indische Weg als unbefriedigend – was dann? Wenn die indische Freiheit einfach die Freiheit zu verhungern ist, die Freiheit, nackt zu gehen und weder lesen noch schreiben zu können – hätten wir ein Recht, das indische Volk zu schelten und über kommunistische Tyrannei zu zetern, wenn es das chinesische Beispiel nachmache? Die «freien» Nationen werden ja Indien nicht wirksam helfen – und doch braucht es Hilfe, und zwar dringend. Das stellt auch Dr. James Endicott fest, der kanadische Missionar, der China so gut kennt und auch Indien wiederholt besucht hat. «In welchem Dilemma sich die USA in dieser Frage befinden», so schreibt er in einem Aufsatz des kleinen Sammelbandes «Die Wende in der Geschichte der Menschheit» (herausgegeben von der Christlich-Demokratischen Union Ostdeutschlands), «zeigt eine Äußerung des indischen Bischofs Manikam, die er im August 1957 in Minneapolis machte: Indien werde in fünf Jahren kommunistisch sein, wenn Amerika ihm nicht zu Hilfe komme. Aber Amerika kann nicht zu Hilfe kommen, weil es Indien nicht zur Unterstützung der Militärpakt-Strategie der USA bewegen kann! Und selbst bei angemessener Hilfe würde der Preis einer langsamen evolutionären Entwicklung erschreckend sein. Eine vorsichtige Schätzung läuft daraus hinaus, daß in den nächsten zehn Jahren in Indien hundert Millionen Menschen unnötig sterben werden, weil die notwendigen sozialen Veränderungen zu langsam vor sich gehen. Diese Veränderungen könnten aber mit revolutionärer Kraft schneller vonstatten gehen! Es wäre interessant, hierüber die Anmerkungen der antikommunistischen Moralisten zu hören, die so eifrig dabei sind, über den ‚Preis‘ der Veränderungen in China zu jammern. In der Stadt Madras gibt es annähernd 200 000 Arme, die auf den Straßen leben müssen. Noch nie haben sie ein eigenes Zimmer gekannt. In jenem Stadtteil beträgt die durchschnittliche Lebensdauer nicht mehr als 20 Jahre. Wie soll man entweder im Namen des Christentums oder im Zeichen der ‚Überlegenheit der evolutionären Methode‘ diesen Menschen die ‚Notwendigkeit‘ erklären, daß dieser Zustand noch nicht verändert werden kann?»

*

Die Tatsache ist einfach nicht zu beschönigen, daß die «freie Welt» des Westens mitsamt ihrem satten Christentum gegenüber der entsetzlichen Not der zurückgebliebenen Völker bisher schrecklich versagt hat. Versagt sie weiter und läßt damit immer schwerere Schuld auf sich,

dann übernimmt es eben der Kommunismus, ein Problem zu lösen, das sie nicht lösen wollte und weithin überhaupt nicht sah. Wenn sie das nicht will, so wird sie eben von ihrem jetzigen Weg völlig umkehren müssen. In der amerikanischen Zeitschrift «Foreign Affairs» hat Robert Oppenheimer, der berühmte Atomphysiker, kürzlich die tieferen Gründe untersucht, die die Vereinigten Staaten wie den Westen überhaupt mehr und mehr in den Rückstand gegenüber dem Osten zu bringen drohen. Er findet sie in einer gewissen geistigen Erstarrung und in einem überwuchernden Materialismus, der «an den Werten des Ingenieurs und des Warenverkäufers orientiert» sei. «Die Schlappeheit der Regierung Truman, die Wildheit der McCarthy-Leute und die Feindseligkeit und Dummheit der gegenwärtigen Regierung existieren nicht in einem Leerraum. Diese politischen Fehlleistungen entwachsen tieferen Mängeln unserer Kultur.» Und er schließt: «Wenn unsere Gesellschaft weiterleben will, müssen wir nicht bloß unsere Politik stärken und vertiefen, sondern auch unser Kulturleben. Und das heißt Pflege einer neuen Unduldsamkeit gegenüber der Lüge, ein neues Mißtrauen gegen das Schlagwort, eine neue Zurückhaltung gegenüber leutseligen Persönlichkeiten im öffentlichen Leben, eine neue Achtung vor der Bildung und eine neue Leidenschaft, die Wahrheit zu sagen.» Das ist sicher nicht alles, was uns fehlt. Aber wenn wir es wirklich in unsere Politik hineinbekämen, so wäre schon viel, vielleicht sogar die Hauptsache dessen gewonnen, was nötig ist, damit wir die über uns allen schwebende Lebensgefahr bannen können. Von hier aus muß der Kampf gegen den Atomtod geführt werden, wenn ihm Erfolg beschieden sein soll.

7. Februar

Hugo Kramer

KIRCHLICHER FRIEDENSBUND DER SCHWEIZ

Jahresversammlung

Sonntag, den 9. März 1958, 14 Uhr, im Bahnhofrestaurant *Baden*

Vortrag von Herrn Pfr. Hirsch, Saanen, über

Die Christen und die Atomwaffen

Freundliche Einladung an jedermann *Der Vorstand*